

# PRESSEUNTERLAGE

## zur Pressekonferenz der Österreichischen Universitätenkonferenz am 18. September 2013

### Teilnehmer:

Rektor **Heinrich Schmidinger**, Präsident der Universitätenkonferenz

Elisabeth Fiorioli, Generalsekretärin der Universitätenkonferenz

### Thema:

## „Ein neues Klima für Universitäten – Forderungen der uniko an die künftige Bundesregierung“

Österreichs Universitäten sind in den Wahlprogrammen der Parlamentsparteien für die NR-Wahlen am 29. September 2013 anders als bei früheren Urnengängen überwiegend prominent platziert. Dieser grundsätzlich positiven Wahrnehmung steht bei den Erwartungen an die künftige Bundesregierung die Erfahrung vergangener Jahre und Jahrzehnte gegenüber: Den Universitäten wird – entgegen allen gedruckten und gesprochenen Verheißungen vor Wahlterminen – in den darauffolgenden Regierungsprogrammen kein Vorrang in der Dringlichkeitsreihung eingeräumt; im politischen Alltag einer Legislaturperiode wird die Finanzierung der nach wie vor unterdotierten Universitäten von Nützlichkeitsdenken und Sachzwängen überlagert. Dazu mag ein willkürlicher, wenn auch anschaulicher Zahlenvergleich dienen:

Laut jüngst veröffentlichter Prognose für die Staatsbeihilfen zur Abdeckung der Hypo-Alpe-Adria-Verluste wird eine Gesamtsumme von voraussichtlich **11,7 Milliarden Euro** an Steuergeld von 2008 bis 2017 erforderlich sein. Diese Summe entspricht annähernd der Größenordnung der Uni-Budgets in den vergangenen sechs Jahren, wenn die Ergebnisse der Leistungsvereinbarungsverhandlungen für die Perioden 2007 bis 2009 (5,6 Milliarden €) und 2010 bis 2012 (6,5 Milliarden €) addiert werden: in Summe **12,1 Milliarden Euro**. Diese Erkenntnis der Dringlichkeit bei der Zuteilung von öffentlichen Mitteln – wie sie für eine zweifellos wichtige Bankenrettung nun schon seit Jahren zu beobachten ist – wird den Universitäten, die einen hohen Anteil an der Wertschöpfung und an der Wirtschaftsleistung der Republik erbringen, nur in seltenen Fällen zuteil. Die Ursache dafür ist das hierzulande wenig ausgeprägte Klima für die Leistungen der Universitäten.

Die Universitäten selbst bemühen sich verstärkt und erkennbar in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu einem positiven Klima beizutragen. Auf der anderen Seite erwarten sie auch, dass die politisch Verantwortlichen die Wertschätzung über die Lippenbekenntnisse hinaus auch in Taten unter Beweis stellen. Die Österreichische Universitätenkonferenz (uniko) hat dazu einen Kompass in Form eines Forderungskatalogs an die nächste Bundesregierung erstellt. Aus den zehn Punkten seien drei herausgegriffen:

- **Autonomie.** Die uniko tritt vehement dafür ein, die Autonomie der Universitäten, deren Inkrafttreten sich Anfang 2014 zum zehnten Mal jährt, zu stärken. Derzeit sind Tendenzen erkennbar, dieselbe durch anlassbezogene Novellen zu schwächen. Vor allem im vergangenen Sommer hat sich herausgestellt, dass die in die Bundeskompetenz fallende Hochschulpolitik von Landeshauptmännern diktiert und zunehmend von Höchststrichern korrigiert wird.
- **Universitätsfinanzierung.** Für die Umsetzung des vom Nationalrat vorgegebenen Ziels, zwei Prozent des BIP für den tertiären Bildungsbereich aufzuwenden, muss ein konkreter, rechtsverbindlicher Stufenplan formuliert werden, der in das **Bundesfinanzrahmengesetz** aufzunehmen ist. Das Budget für die Periode 2016 bis 2018 darf nicht nur die inflationsbedingten Kostensteigerungen abdecken, sondern muss auch die kapazitätsorientierte **Studienplatzfinanzierung** und Investitionen in Geräte- und Bauteninfrastruktur ermöglichen. Eine Studienplatzfinanzierung, die diesen Namen auch verdient, setzt einen zusätzlichen Bedarf von rund 330 Millionen Euro jährlich voraus.
- **Lehrerinnen- und Lehrerausbildung.** Die begonnene Reform der Pädagoginnen- und Pädagogenbildung muss durch ein zeitgemäßes Lehrerinnen- und Lehrerdienstrecht ergänzt werden, das sicherstellt, dass die Ausübung der Lehrtätigkeit in der Sekundarstufe an einen universitären Master- bzw. Diplomabschluss gebunden ist. Der jetzige in parlamentarischer Behandlung stehende Gesetzentwurf erfüllt diese Anforderungen nicht. Um die Kooperation von Universitäten mit Pädagogischen Hochschulen zu ermöglichen, sind Letztgenannte mit entsprechenden Strukturen, insbesondere einer mit den Universitäten vergleichbaren Autonomie und Qualitätssicherung auszustatten. Die Verantwortung für autonome Pädagogische Hochschulen ist jenem Ressort zu übertragen, das auch für die Universitäten zuständig ist.

Die Forderungen der uniko richten sich bewusst an alle Mitglieder einer künftigen Koalition, nicht nur an die oder den künftige/n Ressortzuständige/n. Nur dann, wenn die Mitglieder der Bundesregierung in ihrer Gesamtheit überzeugt sind, dass Österreichs Universitäten als Flaggschiffe für Wissenschaft und Forschung auch die Garanten für die positive Entwicklung der Gesellschaft sind, wird sich auch ein Wandel weg vom Bild der Universität als „Kostenträger“ zum wichtigsten Investitionsgut für die Zukunft des Landes vollziehen.